DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 090

Vorschlag für die Struktur des Leitantrags an den 15. Landesparteitag, 3. Tagung (und Verantwortliche für die Erarbeitung der Kapitel)

Beschluss des Landesvorstandes vom 19. Juni 2020

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt den Vorschlag für eine Struktur des Leitantrages an den Landesparteitag im Oktober 2020.

2. Der Landesvorstand beruft für die Koordination der Erarbeitung der einzelnen Abschnitte verantwortliche Mitglieder des Landesvorstandes (Abschnittsbevollmächtigte) und beauftragt diese in Zusammenarbeit mit den fachpolitisch befassten Mitgliedern der Landtagsfraktion mit der inhaltlichen Erarbeitung.

3. Der Landesvorstand bittet die Landesweiten Zusammenschlüsse, die ständige Arbeitsgruppe des Landesforums ARBEIT und den Jugendverband um Beiträge zu den sie betreffenden Abschnitten, die den Abschnittsbevollmächtigten zugearbeitet werden sollen.

4. Der Landesvorstand beschließt die folgende Zeitschiene:
   a) Vorlage der ersten Fassung der Abschnitte zur Beratung des Landesvorstandes am 17. Juli 2020, im Sinne einer 1. Lesung und Diskussion dazu auf dieser Beratung
   b) Diskussion der ersten Fassung mit der Landtagsfraktion, Ausreichung an die Landesweiten Zusammenschlüsse und Überarbeitung
   c) Vorlage eines Beschlussentwurfs für den Landesparteitag zur Beratung des Landesvorstandes im August 2020 (*die Sitzung des Landesvorstandes vom 11. September wird auf den 28. August 2020 vorgezogen)* und anschließende Einreichung an den Landesparteitag.
   d) Diskussion anhand des Beschlussentwurfs in den regionalen Gliederungen des Landesverbandes

Anlagen: -

Begründung: Der Landesvorstand hat sehr gute Erfahrungen mit der kollektiven Erarbeitung umfangreicher Beschlüsse gemacht und verstetigt diese auf breite Beteiligung orientierte Arbeitsweise. Dabei sollen die im Landesverband vorhandenen Kompetenzen von vornherein genutzt, das gemeinsame Handeln im Arbeitsprozess gestärkt und damit die Grundlagen für politische Geschlossenheit gelegt werden.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen: -

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im

Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: dagegen: Enthaltungen:

F.d.R

Dresden, 19.06.2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Vorschlag für die Struktur des Leitantrags zum Landesparteitag im Oktober 2020
(und Verantwortliche für die Erarbeitung der Kapitel)

Überschrift/Titel (knackige Losung)

1. Die Covid-19-Pandemie, die Wirtschaftskrise und ihre soziale Verwerfungen

(Dieser Abschnitt soll zuerst eine grundsätzliche Einschätzung enthalten, welche gesellschaftlichen Defizite in verschiedenen Bereichen durch die Pandemie offensichtlich geworden sind. Danach sollen hier die weiterreichenden Folgen am besten auf Grundlage einiger aussagekräftiger Daten für die Menschen in Sachsen beschrieben werden. In einem letzten Absatz ist es angemessen, an Hand einer Reihe von Beispielen auf begrüßenswerte Effekte der Pandemie zu verweisen, z.B. dass Solidarität für viele Menschen in Sachsen das Leitmotiv war oder den unermüdlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen im Gesundheitsbereich)

VA:

2. Corona-Lastenausgleich gegen Staatsschuldenkrise

(Dieser Abschnitt beschreibt die Folgen der Pandemie für die öffentlichen Haushalte, insbesondere des Freistaats Sachsen und der Kommunen in Sachsen. Dazu gehören die grundsätzlich von der LINKEN begrüßte umfängliche Neuaufnahme von Schulden, die pandemiebedingten Mehrausgaben sowie die entsprechenden (z.T. zu erwartenden) mittel- und längerfristigen Einnahmeausfälle. Unter den gegenwärtigen Umständen ist zu erwarten, dass auf diese akut verschlechterte Haushaltssituation auf allen Ebenen mit einer insbesondere den sozialen Bereich betreffenden Sparpolitik der öffentlichen Hand reagiert wird.
DIE LINKE. Sachsen schlägt als Maßnahmen vor, die Rückzahlungsregelungen des Neuverschuldungsverbotes aus der Sächsischen Verfassung zu streichen und durch eine (mehrjährige) Lastenausgleichszahlung aus großen Vermögen (siehe Bundespartei) die pandemiebedingten neuen Schulden, Mehrausgaben und Mindereinnahmen zu finanzieren. Darüber hinaus ggf.: Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Umverteilung allgemein durch ein reformiertes Steuersystem, wenn auch v.a. in Verantwortung des Bundes. Staat wieder auf breiter finanzielle Grundlage stellen, indem große Einkommen und Vermögen wieder stärker belastet werden, dafür Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, die frei werdende Mittel in Konsum stecken und Wirtschaft ankurbeln und das Ganze nicht in Sparanlagen, Fonds und der Spekulation versenken.)

VA:

3. Beschäftigte, Unternehmen und Arbeitslosigkeit in Sachsen

(In diesem Abschnitt soll die ökonomische Situation in Sachsen in Folge der Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens mit besonderem Augenmerk auf die Beschäftigten und den Arbeitsmarkt beleuchtet werden. Maßnahmen aus linker Perspektive können hier insbesondere in Bezug auf die finanzielle Lage von Unternehmen und ggf. deren Einbindung in internationale Lieferketten formuliert werden. Die Wiederaufnahme und ggf. aktualisierte Reformulierung des Konzeptes der „regionalen Wirtschaftskreisläufe“ oder die Sicherstellung (und daher Förderung) der regionalen Produktion von Gesundheitsgütern und anderen in vergleichbaren Krisensituationen notwendigen Gütern bzw. Dienstleistungen bilden einen Ansatz. Ggf. können hier auch Aspekte aus dem Bereich Digitalisierung eingebaut werden, z.B. Breitbandausbau. Darüber hinaus Perspektive auf den Umbau der Wirtschaft unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten)

VA:

4. Soziale Sicherheit als Grundlage eines guten Lebens

(Dieser Abschnitt sollte ggf. auch Bezug nehmen auf Familien, Kinder, Jugendliche, Rentnerinnen - und den Aspekt der jeweils gruppenbezogenen Armutsgefährdung. Die Verschärfung der pandemiebedingten Einschränkungen durch Armutssituationen kann hier durch wenige gute Beispiele dargestellt werden, daraus folgend die notwendige konsequente Armutsbekämpfung.)

5. Gesundheit als öffentliches Gut im Freistaat

(In diesem Abschnitt muss die Position der LINKEN betont werden, dass Gesundheit keine Ware sondern Menschenrecht ist. Die daraus folgenden Maßnahmen beziehen sich sowohl auf die Probleme durch Privatisierungen im Gesundheitswesen als auch den gleichen Zugang zu optimaler gesundheitlicher Versorgung, der auch regional sichergestellt sein muss. Arbeitsbedingungen und tarifliche Bezahlung der Beschäftigten im Gesundheitswesen sollten hier Erwähnung finden)

VA:

6. Absturz des Bildungssystems, der Kultur und des Sports in Sachsen verhindern

(In diesem Abschnitt können die umfangreichen Forderungen der LINKEN aus verschiedenen Papieren, die während der Pandemie verfasst wurden, Platz finden. Darüber hinaus sollte ein Absatz der Kultur- und Kreativwirtschaft mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen Platz finden)

VA:

7. Die Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen verteidigen

(Dieser Abschnitt ist prinzipiell auch in Punkt 2 integrierbar, insbesondere hinsichtlich der Haushaltslage, aber ein eigenständiges Kapitel ist für linke Politik, die stark auf lokale Verwurzelung Wert legt, angemessen. Das Thema Wohnen mit besonderem Augenmerk auf die größeren Städte, das Thema Lebensqualität im ländlichen Raum sowie der Schwerpunkt ÖPNV sind hier maßnahmeorientiert abzuhandeln)

VA:

8. Die Demokratie in Sachsen krisenfest machen

(Die Betonung des Vorrangs der Exekutive vor der Legislative sowie vor unmittelbarer Bürgerinnenbeteiligung ist krisenbedingt für kurze Zeiträume hinnehmbar - und DIE LINKE hat die damit verbundenen Maßnahmen auch für angemessen gehalten - steht aber grundsätzlich im Widerspruch sowohl zum Grundgesetz als auch zu linker Politik. Daher verteidigen wir die Grundrechte gegen jede dauerhafte Einschränkung und stehen für die ständige Überprüfung der Verhältnismäßigkeit. Hier können Überlegungen Platz finden, in wieweit der Landtag und die kommunalen Vertretungskörperschaften befähigt werden, mit zeitgemäßen Mitteln und Methoden ihre Arbeit auch unter Bedingungen wie der Corona-Pandemie uneingeschränkt fortzusetzen. Die Nutzung vorhandener und Entwicklung neuer, rechtssicherer Methoden parlamentarischer Arbeit auf digitaler Grundlage sollte möglich sein und auch außer-halb von Krisen zu einer Effektivierung beitragen. Darüber hinaus gilt dies auch für die Bürgerbeteiligung)

VA:

9. Den patriarchalen Rollback verhindern

(Nicht nur in Sachsen sondern weit darüber hinaus wurde während der Pandemie festgestellt, dass überkommene Rollenbilder in Familie und Gesellschaft wieder stärker in den Vordergrund getreten sind. Eine wichtige Grundlage dafür sind die geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschiede. Die Bedürfnisse von Familien mit Kindern fanden in der Krise vielleicht am wenigsten Beachtung, so dass die Sorge- und Reproduktionsarbeit insbesondere auf den Schultern von Frauen liegen blieb. Das ist inakzeptabel und muss durch entsprechende Maßnahmen untersetzt werden. Weitere familienpolitische Aspekte können hier Platz finden, ebenso Schutz vor Gewalt usw.)

VA:

10. Corona und Wirtschaftskrise: Die LINKE vor neuen Herausforderungen

(In diesem Abschnitt können wir die Auswirkungen der Pandemie auf unsere politische Arbeit, auf die große Solidarität unter den Genossinnen sowie auf unsere Schnelle und erfolgreiche Umstellung wesentlicher Teile unseres Arbeitens auf digitale Möglichkeiten erläutern. Ein kleiner Abschnitt des Dankes und der Bewahrung des Erlernten.)

VA:

11. Digitalisierung [noch ohne Titel]

(In diesem Abschnitt können die durch die Corona-Krise erstens veränderte Praxis vieler Menschen und zweitens die deutlich gewordenen Mängel an der Digitalisierung aufgeführt werden und wie wir uns eine Digitalisierung verstanden als Grundversorgung und mit öffentlicher Infrastruktur vorstellen)

12. Zusammenfassung und Ausblick

(Entsprechend der erarbeiteten Abschnitte sollte zum Abschluss eine zusammenfassende Perspektive auf den ggf. gemeinsamen Charakter der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgen und damit auch auf die dadurch zu bewirkenden gesellschaftlichen Veränderungen. In Richtung Solidarität, sozialer Sicherheit, Demokratisierung und Stärkung des Öffentlichen)

VA: